

tionen Reichsmark Apparate zum Bau der oben erwähnten ausländischen Edeleanu-Anlagen aus Deutschland exportiert worden seien und brachte dadurch den Beweis dafür, welch einen großen Wert für unsere Volkswirtschaft die Lieferung solcher hochwertiger Maschinen und Apparate bedeutet. — Er hob ferner hervor, wie nützlich sich die enge Zusammenarbeit einer Großbank mit der chemischen Industrie und den Maschinenfabriken gestalte habe.

Uns scheint noch besonders bewundernswert, daß es gelungen ist, ein so diffiziles Verfahren, wie es das Arbeiten mit einem bei minus 8° siedenden und erstickend riechenden Lösungsmittel ist, in apparativer, wirtschaftlicher und patentrechtlicher Weise so auszugestalten, daß es nunmehr vollinhaltlich der Öffentlichkeit kundgemacht werden kann. Wir haben die bestimmte Aussicht, daß der wirtschaftliche Nutzen, nicht nur für die beteiligten Firmen, sondern für ganz Deutschland sich immer weiter auswirken wird.

Unsere Technik wird sicher das, was wir in Hamburg hörten und sahen, als Anregung für weitere ähnliche Verfahren benutzen: hat sich doch bei diesem Musterverfahren der im Krieg so oft, wenn auch nicht immer mit Recht, aufgestellte Satz bewährt: „Schwierigkeiten sind dazu da, um überwunden zu werden!“

Alle Teilnehmer an dieser Veranstaltung der Allgemeinen Gesellschaft für chem. Industrie waren vollauf befriedigt, ja begeistert, von dem, was sie an diesem Tag erleben durften und brachten das in zahlreichen Dankesansprachen zum Ausdruck. Dem zurzeit zum Zwecke geschäftlicher Verhandlungen in Amerika weilenden Dr. Edeleanu wurde durch ein Telegramm die restlose Anerkennung, die die Anlage gefunden hatte, mitgeteilt.

Rassov. [247.]

Wirtschaftsnachrichten.

Die Weiterzeugung von rostfreiem Stahl. Führend in der Erzeugung von rostfreiem Stahl ist heute unbedingt Deutschland und England, die U.S.A. haben bisher die Erzeugung von rostfreien Stählen ziemlich vernachlässigt, dagegen, wie bekannt, die von rostwiderstandsfähigen Sorten speziell bevorzugt. In Europa kommen dann als weitere Produzenten noch Schweden (die Forsbacka Werke) und Frankreich in Frage, doch ist die Erzeugung in diesen Ländern, ebenso wie in Österreich und der Tschechoslowakei (Poldihütte, Boehler), Ungarn (Maunfred Weiß) nicht allzu bedeutend und spielt noch nicht die Rolle in der Stahlindustrie wie in den beiden erstgenannten Ländern. Bekanntlich besteht zwischen der Firma Krupp, die das deutsche Patent für den V2A-Stahl besitzt und der englischen Firma Thomas Firth u. Co., Sheffield, die rostfreien Stahl nach dem Breverley Patent erzeugt, ein Übereinkommen betreffs vollkommenen Territorialschutzes. Deutscher rostfreier Stahl darf nicht nach England, und englischer nicht nach Deutschland verkauft werden. Auch Stähle der zweiten englischen Firma, der „Stainless Steel Co.“ sind bisher noch nicht in Deutschland angeboten worden, wohl deswegen, weil mit den Vereinigten Stahlwerken Verhandlungen wegen Patenterwerb angebahnt worden sind. In England hat rostfreier Stahl schon eine ungemein große Verbreitung gefunden. — In den U.S.A. dagegen sind es nur zwei Firmen, die wirklich rostfreien Stahl, dem deutschen ähnlich, verkaufen. Die erste Firma war die Firth-Sterling steel Company Mc. Keesport Pa und die zweite die Central alloy steel Co. Am bekanntesten ist das Erzeugnis der erstgenannten Firma der „Sterling stainless steel“. Die Erzeugnisse der anderen Werke wie Interstate Iron u. Steel Co., Donner Steel Co. usw. sind ebenso wie die Stähle der American Rolling Mill Co. nur rostwiderstandsfähig. Rostfreier Stahl wird in den U.S.A. noch nicht in dem Umfange wie in Deutschland und England gekauft. Bemerkenswert ist, daß auch in Japan durch die Kawashi Ship Yard die Erzeugung von rostfreiem Stahl nach dem Patent der Firma Th. Firth u. Co., Sheffield, aufgenommen worden ist. In Australien soll ebenfalls ein Werk der genannten Sheffielder Firma eröffnet werden. (1405)

Die Konjunktur Ende November 1927. Von dem Institut für Konjunkturforschung wird soeben das dritte Vierteljahrsheft des Jahrganges 1927 vorgelegt. Die Veröffentlichung zerfällt im wesentlichen in vier große Abschnitte: 1. Die deut-

sche Konjunktur, 2. die Konjunktur einzelner Wirtschaftszweige, 3. die Konjunktur des Auslandes, und 4. Zahlenübersichten. Der beigelegte Anhang enthält einen Literaturnachweis über Neuerscheinungen zur Konjunkturforschung. Vorausgeschickt ist der gesamten Untersuchung ein zusammenfassender Überblick (abgeschlossen am 30. 11. 1927) über „Die Konjunktur Ende November 1927“, den wir im folgenden in der gekürzten Fassung wörtlich wiedergeben:

„Ende August wurde festgestellt, daß die Wirtschaft in eine Phase der Hochspannung eingetreten sei. Inzwischen hat sich die Hochspannung voll entwickelt. Krisenhafte Vorgänge liegen aber nicht vor.

Die Kreditsicherheit ist im ganzen unangetastet, wie die Statistik der Konkurse und Wechselproteste zeigt. Der Kredit ist jedoch in hohem Grade angespannt. Namentlich sind die Wechselbeziehungen sehr stark gestiegen, und zwar über den Bereich der Banken hinaus: die Selbstfinanzierung der Wirtschaft hat zugenommen. Die Konstellation steigender Geldsätze, sinkender Effektenkurse und weiter anziehender Warenpreise fügt sich in dieses Bild ein. Die Aufwärtsbewegung der Warenpreise wird dadurch ermöglicht, daß der Binnenmarkt, obwohl Anzeichen beginnender Sättigung vorhanden sind, offenbar noch aufnahmefähig ist. Jedenfalls hat die Lagerhaltung bisher kein Übermaß erreicht; die Produktionsmittelerzeugung ist in weiterer Ausdehnung begriffen, die vorliegenden Auftragsbestände sind offensichtlich noch umfangreich. Zu beachten ist jedoch, daß in wichtigen Teilen der Industrie der Auftragseingang zurückgeht.

Aus alledem ist zu schließen, daß sich die wirtschaftliche Aktivität auf einem Maximum bewegt. Die Kreditspannungen im Zusammenhang mit den zurückgehenden Auftragseingängen zeigen an, daß mit einem Rückgang gerechnet werden muß. Die noch ungeschwächte Kreditsicherheit im Verein mit der noch ausdehnungsfähigen Lagerhaltung deutet aber darauf hin, daß bei vorsichtigen Dispositionen ein Umschwung noch aufgehalten oder jedenfalls in seinen Wirkungen sehr gemildert werden könnte.“ (1429)

Preisnachrichten.

Erhöhung des Preises für Kupferblechfabrikate. Der Einwirkung des Rohkupfermarktes entsprechend hat die Verkaufsstelle des Kupferblechsyndikates in Kassel den Grundpreis für Kupferblechfabrikate mit Wirkung vom 6. 12. auf 186 RM. festgesetzt. (Letzter Preis vom 1. 12. 185 RM.) (1423)

Unveränderte Preise für Aluminium-Halbfabrikate. Der Aluminium-Walzwerkverband Köln teilt unter dem 5. 12. mit: Die Grundpreise für Aluminium-Halbfabrikate betragen je nach Größe der Aufträge bzw. Abschlüsse wie bisher 256 RM. bis 268 RM. per 100 kg. (1425)

Industrienachrichten.

Geplantes und Beschlossenes.

Kapitalerhöhung bei der Bauxit-Trust A.-G., Zürich. Diese schweizerische Holding-Gesellschaft, die sich aus ausländischen Interessen zusammensetzt und an der die Vereinigte Aluminiumwerke A.-G., die Otavi-Gesellschaft maßgebend, die Ungarische Allgemeine Kreditbank und die Aluminium-Bergbau- und Industrie A.-G., Budapest, in geringerem Umfange beteiligt sind, beruft eine außerordentliche Hauptversammlung ein, in der das Aktienkapital von 8,15 Mill. Frs. auf 11 Mill. Frs. erhöht werden soll. Über die Interessen dieser Kapitalerhöhung ist nichts bekannt, man bringt diese jedoch mit der kürzlich erfolgten amerikanischen Interessenahme: die Aluminium Co. of America (Mellontrust) in Zusammenhang. Die Kapitalerhöhung dieser Gesellschaft soll zur Deckung umfangreicher Investitionen dienen. In Jugoslawien wurden durch den Bauxit-Trust große, bisher unbekannte Bauxitlager erworben. In dem transdanubischen Grubenrevier wird eine große Trocknungsanlage errichtet werden, durch die es ermöglicht werden soll, die doppelten Mengen gegenüber den bisherigen zu exportieren. Die ungarischen Bauxitgruben sind heute bereits derart ausgestaltet, daß sie den ganzen

Bauxitbedarf Deutschlands zu decken vermögen; nach der Errichtung der Trocknungsanlage soll auch der Export nach Amerika aufgenommen werden. Gegenüber einer Dividende von 2 frs. im Vorjahre wird in diesem Jahr eine Dividende von 10 frs. ausgeschüttet werden. Die Frage, ob auch in Ungarn eine Aluminiumfabrik errichtet werden soll, ist derzeit noch unentschieden. (1370)

Georg Schmidt & v. d. Eltz, Schmiedefeld. Wie uns die Firma mitteilt, ist es ihr gelungen, alle Arten *Thermometer mit Teilungen zwischen -60 und +140 Grad Celsius mit blauer oder roter Indexflüssigkeit* herzustellen, unter Garantie der Genauigkeit. Diese Farben gestatten ein leichtes Ablesen des Thermometers auch aus größerer Entfernung, da die Flüssigkeit nicht absetzt. (1380)

Die Amerika-Anleihe der norwegischen Stickstoffwerke (Norsk Hydro). Die Norsk Hydro Elektrisk Kvalstofaktieselskab in Oslo hat mit der National City Co. of New York eine 30jährige 5½%ige Anleihe im Betrage von 20 Mill. Dollar abgeschlossen, die am 17. November zum Emissionskurse von 95% in New York zur Auflegung gelangte. Der Erlös der Anleihe dient zur Finanzierung der Neueinrichtungen, die nach der kürzlich erfolgten Interessennahme der I. G. Farbenindustrie an den norwegischen Stickstoffwerken im Zusammenhange mit der Umstellung der Fabrikation auf das Verfahren der Leuna - Werke vorgenommen werden sollen. Die Anleihe, die durch die Anlagen der Norsk Hydro und ihrer Tochtergesellschaft Aktieselskab Rjukan hypothekarisch gesichert ist, wird vermittelt eines Sinking-Funds in gleichen Halbjahresraten getilgt. Vorzeitige Rückzahlung kann zu jedem Zinstermin -- 1. Mai und 1. November -- erfolgen. Die Emission der 20 Mill. Dollar ist als Serie A einer in Höhe von 60 Mill. Dollar autorisierten Anleihe gedacht. Dem Übernahmeconsortium gehören außer der National City Co. noch die Länderbank in Berlin und die Enskilda Bank in Stockholm an. Letztere hat einen Teilbetrag der Emission zur Placierung in Europa übernommen. (1383)

Phosphates Tunisiens. Die französische Gesellschaft Phosphates Tunisiens hat mit der italienischen Gesellschaft Terni ein Abkommen getroffen, wonach die Phosphates Tunisiens in Italien Schwefelsäure nach dem Patentverfahren der Federal Phosphor herstellen werden. (1398)

Gewerkschaft Mont Cenis. Bergassessor Battig ist aus der Gewerkschaft Mont Cenis ausgeschieden, um sich in Zukunft ganz der Frage der Stickstoffgewinnung zu widmen. Er übernimmt die Leitung der Gasverarbeitungs- G.m.b.H. Die Direktion der Gewerkschaft Mont Cenis wird jetzt gebildet aus den Herren Bergassessor Kiebusch und Direktor Borgmann. (1400)

Rationalisierungserfolge bei der Giesche Sp.-Acz. Die Zinkerzförderung in Oberschlesien betrug im September 1927 91 000 t gegen 81 000 t im August und 75 000 t im Juli. In den übrigen Landesteilen Polens ging die erheblich geringere Förderung im Gegensatz hierzu zurück. Die Produktionssteigerung in Oberschlesien ist ausschließlich auf die verstärkte Arbeitsintensität auf der Bleischarleygrube der Giesche Sp.-Acz. zurückzuführen. Diese Gruppe versteht bekanntlich nicht nur die eigene Gesellschaft, sondern auch mehrere andere mit Rohstoffen. Die neue unter amerikanischer Leitung arbeitende Verwaltung hat eine Reorganisation der Förderung durchgeführt, durch die sehr günstige Resultate erzielt wurden und die noch weiter fortgesetzt wird. Vor der Amerikanisierung der Giesche Sp.-Acz. wurden auf der Bleischarleygrube von 4700 Arbeitern monatlich etwa 50 000 t Zink- und Bleierz gefördert, d. i. eine durchschnittliche Monatsförderung von 10,6 t pro Arbeiter. Nach starken Arbeiterentlassungen wurden im September von einer Belegschaft von 2600 Mann 54 900 t gefördert. Die Monatsförderung eines Arbeiters betrug also 21 t. (1351)

Zur Ablehnung der deutschen Chorzow-Klage durch das Haager Schiedsgericht. Der Ablehnung der von der deutschen Regierung beim Haager Schiedsgericht eingereichten einstweiligen Verfügung in der Chorzow-Angelegenheit geht folgender Sachverhalt voraus: Am 25. 5. 1925 ersuchte Deutschland den Gerichtshof u. a. ein Urteil in dem Sinne zu fällen, daß

Polen durch die Beschlagnahme der Stickstofffabrik in Chorzow (Oberschlesien) gegen gewisse Bestimmungen der Genfer Konvention vom Jahre 1922 gehandelt habe. Der Gerichtshof erklärte vorerst in seinem Urteil Nr. 6 vom 23. 8. sich selbst für befugt, in dieser Angelegenheit zu urteilen, nachdem Polen hiergegen Einspruch erhoben hatte. Danach erklärte der Gerichtshof in seinem Urteil Nr. 7, daß die Haltung der polnischen Regierung gegenüber den Besitzern der Fabrik mit der Genfer Konvention nicht übereinstimme. Nach diesem Urteil fanden Verhandlungen zwischen der deutschen und polnischen Regierung statt, die die Festlegung der von Polen zu leistenden Entschädigungen und die Zahlungsweise bezweckten. Da keine Einigung erzielt werden konnte, wandte sich die deutsche Regierung wiederum an den Gerichtshof in Haag mit der Bitte, zu erklären, daß Polen verpflichtet sei, den den Besitzern der Fabrik zugefügten Schaden zu vergüten und die Entschädigungssumme mit über 100 Mill. RM. festzulegen. Der Gerichtshof sollte auch die Zahlungsweise bestimmen, die bei den vorhergegangenen Verhandlungen große Schwierigkeiten bereitet hatte. Gegenüber dieser deutschen Klage stellte die polnische Regierung die Kompetenz des Gerichtshofes in Abrede. Dieser Einspruch wurde jedoch in einem Urteil Nr. 8 vom 26. 7. 1927 abgewiesen und die deutsche Eingabe zur späteren Behandlung zurückbehalten. Die Frage der für die Beschlagnahme von Chorzow geschuldeten Entschädigungssumme wird bei der nächstjährigen Sitzung des Gerichtshofes behandelt werden. Mit Rücksicht auf die Urteile 7 und 8 und Artikel Nr. 41 der Statuten des Gerichtshofes glaubte die deutsche Regierung verlangen zu können, daß das Gericht bis zur Fällung des Urteils vorläufig Maßnahmen zur Wahrung der deutschen Forderungen festsetze. Laut Artikel Nr. 41 hat der Gerichtshof auch tatsächlich das Recht, wenn die Umstände es verlangen, provisorische Schutzmaßnahmen zur Wahrung der Rechte der Parteien zu bestimmen.

Nach der deutschen These hat der Gerichtshof nur die oberste Grenze der geschuldeten Entschädigung festzulegen, nachdem die Entschädigungsverpflichtung bereits prinzipiell anerkannt wurde. Die deutsche Regierung hat ferner darauf hingewiesen, daß, wenn die Zahlung nicht sofort erfolge, der Schadensbetrag bedeutend anwachsen würde und der durch eine weitere Verzögerung entstandene Schaden nicht wieder gutzumachen sein könnte. Der deutsche Vertreter glaubte aus diesem Grunde die sofortige provisorische Zahlung von 30 Mill. RM. als Schutzmaßnahme verlangen zu können.

Der Gerichtshof entschied nun am 21. November, diesem deutschen Gesuch nicht stattgeben zu können, und bemerkte, daß die von der deutschen Regierung wegen der Entschädigungssumme eingebrachte Klage laut Urteil Nr. 8 einer späteren Behandlung vorbehalten bliebe. Das neue Gesuch der deutschen Regierung könne auch nicht als Schutzmaßnahme angesehen werden, sondern bezwecke vielmehr ein Interim-Urteil zugunsten eines Teiles der in der deutschen Klage enthaltenen Forderungen. Der Gerichtshof ist daher der Ansicht, daß dieses neue deutsche Verlangen nicht durch die Bestimmungen der Statuten und Regeln des Gerichtshofes über die Festlegung von Schutzmaßnahmen gedeckt würde. (1352)

Sundwiger Eisenhütte Maschinenbau A.-G., Sundwig i. W. Die Gesellschaft weist nach Abschreibungen von 39 000 (43 149) RM. einen Reingewinn von 118 000 RM. (im Vorjahre 20 021 RM. Verlust) aus, über dessen Verwendung nichts bekanntgegeben wird. (Aktienkapital 840 000 RM.) (1353)

Leipziger Spritfabrik A.-G., Leipzig. Die Vergleichsverhandlungen, die die von der Gesellschaft eingesetzte Kommission zwecks Beendigung des schwebenden Rechtsstreites mit der Reichsmonopolverwaltung seit längerer Zeit geführt hat, haben nunmehr zu einem Ergebnis geführt, als das gesamte Vermögen der Gesellschaft unter Ausschluß der Liquidation auf das Deutsche Reich bzw. die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein, Berlin, gegen Gewährung einer Barzahlung übergehen soll. Die endgültige Beschlußfassung über diese Regelung erfolgte in der am 19. Dezember stattgefundenen ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft. Die Opposition der Minderheitsaktionäre, die sich in der letzten Hauptversammlung bemerkbar machte, richtete sich auch gegen die neue Vereinbarung, jedoch erfolglos. (1361)

Maschinenfabrik Sangerhausen A.-G., Sangerhausen. Laut Aufsichtsratsbeschuß soll der auf den 15. 12. einberufenen ordentlichen Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 1926/27 eine Dividendenverteilung von wieder 6% in Vorschlag gebracht werden. Der Geschäftsgang im laufenden Jahre wird als gut bezeichnet. (1362)

Phönix, Maschinenfabrik und Eisengießerei in Ratingen bei Düsseldorf. Die Gesellschaft, die erst seit Januar d. J. unter diesem Namen firmiert (früher Düsseldorf-Ratinger Maschinen- und Apparatebau A.-G.) hat nunmehr beschlossen, laut Meldung des B. B. C., sich den Namen „Ratinger Maschinenfabrik und Eisengießerei A.-G.“ zu geben. Die Gesellschaft soll im neuen Geschäftsjahr gut beschäftigt gewesen sein (Verlust im abgelaufenen Geschäftsjahr 248 000 RM.), und zwar soll sie gegenwärtig über einen Auftragsbestand von etwa 4 Mill. RM. verfügen (Hauptversammlung 19. Dez.).“ (1369)

Julius Pintsch Aktiengesellschaft, Berlin. Der Aufsichtsrat dieser Gesellschaft besteht nunmehr aus folgenden Herren: Dr. Oskar Schlitter, Direktor der Deutschen Bank, Vorsitzender, Berlin; Carl Fürstenberg, Geschäftsinhaber der Berliner Handels-Gesellschaft, stellvertretender Vorsitzender, Berlin; Dr. Eduard Mosler, Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft, Berlin; Fabrikbesitzer Heiko Schulze-Janssen, Berlin; Hugo von Gahlen, Düsseldorf; Geheimer Legationsrat Dr. Golen, Berlin; ferner Fräulein Elly Pintsch, Rittergut Ravensruh bei Neukloster in Mecklenburg. Als Vertreter des Betriebsrats: Robert Kinzel, Fürstenwalde; Albert Ziemann, Berlin. (1376)

Freiburger Kunstseidefabrik Rhodiaseta. Dr. Fritz Thyssen, Mülheim, ist in den Aufsichtsrat der Freiburger Kunstseidefabrik Rhodiaseta eingetreten. (1395)

Peniger Maschinenfabrik und Eisengießerei A.-G., Sitz: Penig i. S. Die o.H.V. beschloß, für 1926/27 auf die Stammaktien 5% und auf die Vorzugsaktien 7% Dividende zu verteilen. Der Rest von 78 102 M. wird vorgetragen. Neu in den A.R. wurde der langjährige Direktor der Gesellschaft Gustav Unruh gewählt. Das Unternehmen verfügt über einen guten Auftragsbestand und hofft, im Geschäftsjahr 1927/28 voll arbeiten zu können. Die Preise werden als auskömmlich bezeichnet. (1397)

Die Bamag-Meguin, Aktiengesellschaft, Berlin. hielt am Donnerstag, den 22. Dezember 1927, mittags 12 Uhr, zu Berlin im Sitzungssaal der Berliner Handelsgesellschaft, Behrenstr. 32, Eingang B, 2 Treppen, ihre ordentliche Generalversammlung ab. (1401)

Aus dem Zentralhandelsregister.

„Euzinger Union-Werke Aktiengesellschaft“, Sitz: Mannheim. Abteilung Berlin. In das Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte ist am 26. November 1927 eingetragen: Fritz Hesse-Camozzi, Fabrikdirektor, Mannheim, ist zum weiteren Vorstandsmitglied bestellt. Er ist in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied oder einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. (1415)

Hauseatische Appartebaugesellschaft vorm. L. v. Bremen & Co. mit beschränkter Haftung, Sitz: Kiel. In das Handelsregister des Amtsgerichts Kiel ist am 25. 11. 1927 eingetragen: Die Prokura des Dr. Sauer ist erloschen. (1420)

Hermann Meibom, Isolierungen für Wärme- und Kälteschutz, Sitz: Hannover. In das Handelsregister des Amtsgerichts Hannover ist am 26. 11. eingetragen: Die Prokura der Grete Wermes ist erloschen. (1418)

Nauluft. Chemisch-technische Luftfilter- und Trocknungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Sitz: Berlin. In das Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte ist am 26. 11. 1927 eingetragen: Das Stammkapital ist um 30 000 RM. auf 50 000 RM. erhöht. Laut Beschluß vom 13. 2. 1927 ist der Gesellschaftsvertrag bez. des Stammkapitals und der §§ 4, 5, 8, 9, 10, 11, 12 abgeändert und völlig neu gefaßt. Die §§ 15 und 18 sind fortgefallen. (1433)

Ölfeuerungswerk Fulmina G. m. b. H., Mannheim. In das Handelsregister des Amtsgerichts Mannheim ist am 30. 11. 1927 eingetragen: Diplomingenieur Rudolf Müller in Jugenheim a. B. ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt. Der Ge-

sellschaftsvertrag ist durch Gesellschaftsbeschluß vom 24. 11. 1927 in § 8 geändert. Von den Geschäftsführern Friedrich Pfeil und Rudolf Müller ist jeder befugt, die Gesellschaft selbständig zu vertreten, auch wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind. (1127)

Ribag Röhren- u. Installationsbedarf Aktiengesellschaft, Sitz: Berlin. In das Handelsregister des Amtsgerichts Berlin-Mitte ist am 26. 11. 1927 eingetragen: Gemäß dem bereits durchgeführten Beschluß der Generalversammlung vom 14. Oktober 1927 ist das Grundkapital um 50 000 Reichsmark auf 100 000 Reichsmark erhöht. Ferner die von derselben Generalversammlung beschlossene Satzungsänderung. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Auf die Grundkapitals-erhöhung werden ausgegeben auf Kosten der Gesellschaft mit Gewinnberechtigung vom 1. Januar 1928 ab 50 Inhaberaktien über je 1000 Reichsmark zum Nennbetrag. Das gesamte Grundkapital zerfällt jetzt in Inhaberaktien 250 zu 20 und 95 zu 1000 Reichsmark. (1416)

Sächsische Kieselguhr-Werke Dr. Johannes Richter, Sitz: Dresden. In das Handelsregister des Amtsgerichts Dresden ist am 25. 11. 1927 eingetragen: Die Firma ist erloschen. (1394)

Ubigauer Aktiengesellschaft, Schiffswerft, Maschinen- und Kesselfabrik, Zweigniederlassung Regensburg. Sitz: Dresden. Diese Firma wurde am 30. 11. 1927 in das Handelsregister des Amtsgerichts Regensburg eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag ist am 29. 6. 1927 abgeschlossen und am 6. 9. 1927 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist die Anfertigung und der Vertrieb von Maschinen, Kesseln und Apparaten aller Art sowie von Dampfschiffen, Motorschiffen und Frachtkähnen im In- und Auslande sowie der Vertrieb aller hiermit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Unternehmungen, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, in jeder zulässigen Form zu beteiligen, oder solche zu erwerben. Die Gesellschaft ist auch berechtigt, Zweigniederlassungen im In- und Auslande zu errichten. Das Grundkapital beträgt 1 500 000 RM. Vorstandsmitglieder sind: Alfred Hirsch, Fabrikdirektor in Berlin-Dahlem, und Conrad Geerling, Fabrikdirektor in Görlitz. Gesamtprokura ist erteilt an Wilhelm Langenbach, Regierungsbaurat a. D. und Betriebsdirektor in Regensburg, Dr. Gerhard Köhler, Kaufmann in Dresden, und Ferdinand Josef Löffler, Oberingenieur in Dresden, in der Weise, daß jeder von ihnen die Gesellschaft gemeinsam mit einem anderen Prokuristen oder mit einem Vorstandsmitglied vertreten darf. Gründer der Gesellschaft sind: 1. „Waggon- und Maschinenbau Aktiengesellschaft Görlitz“ in Görlitz, 2. Kaufmann Hans Glaser in Berlin-Halensee, 3. Kaufmann Werner Joachim Henrich in Berlin-Charlottenburg, 4. Kaufmann Dr. Wolfgang Conradt in Berlin-Charlottenburg, 5. Kaufmann Paul Seelig in Berlin-Grunewald. Sie haben sämtliche Aktien übernommen. Die ersten Mitglieder des Aufsichtsrats sind: 1. Generaldirektor Otto Henrich in Berlin, 2. Generaldirektor Hans Tillmanns in Görlitz, 3. Bankdirektor Julius Rosenberger in Berlin. (1126)

Voigt u. Haeffner Aktiengesellschaft, Sitz: Frankfurt a. M. In das Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt a. M. ist am 25. 11. 1927 eingetragen: Die Generalversammlung vom 10. Oktober 1927 hat beschlossen, das Grundkapital um 2 500 000 Reichsmark zu erhöhen. (1417)

Sitzungsberichte.

Werkstofftagung.

Berlin, 26. Oktober 1927.

Reihe 8.

Zukunftsaufgaben für die werkstoffherzeugende Industrie.

Ober-Ing. Max Ulrich, Stuttgart: „Bestrebungen zur Hebung der Sicherheit der Dampfkessel.“

Dank der Maßnahmen, welche im Interesse der Sicherheit der Dampfkessel getroffen worden sind, sind die mit dem Dampfkesselbetrieb verbundenen persönlichen Unfälle, verglichen mit anderen Gefahrenquellen, beispielsweise dem Kraftwagenverkehr, zahlenmäßig verschwindend. Wenn auch selbstverständlich der Schutz von Menschenleben und Gesund-